

Laibacher Zeitung.

Nr. 247.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 27. Oktober.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 8 kr.

1876.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. Oktober d. J. dem Zoll-Oberamtscontrolor des Hauptzollamtes in Wien Franz Willwein aus Anlaß seiner Versetzung in den dauernden Ruhestand, in Anerkennung seiner vieljährigen, treuen und erspriesslichen Dienstleistung den Titel eines kaiserlichen Rathes mit Rücksicht der Taten allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 20. Oktober d. J. dem Sicherheitswachmann der wiener Polizeidirection Joseph Steiner III. für die von ihm mit eigener Lebensgefahr vollbrachte Rettung eines Menschen vom Tode des Ertrinkens das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Lage.

Laibach, 26. Oktober.

Die neuesten Nachrichten aus Konstantinopel lassen die Lage der Türkei als eine in hohem Grade bedenkliche und gefährdete erscheinen. Zwar war es den türkischen Truppen abermals geglückt, frische Vorberstraßen auf serbischen Boden zu pflücken. Ihr jüngster Sieg scheint sogar von weit entscheidender Bedeutung zu sein, als der Vorstoß Abdul Kerims vor etwa vier Wochen. Der wichtige Knotenpunkt der Straßenverbindungen Serbiens nördlich und westlich in das Innere des Landes scheint definitiv in die Hände des türkischen Feldherrn gefallen zu sein. In Belgrad fürchtet man die äußersten Eventualitäten und macht sich auf eine Belagerung gefaßt. Ja es ist sogar möglich, daß ein rasches Vordringen der türkischen Heere eine Wendung auch in der politischen Situation herbeizuführen vermöchte. Das einzige, was, wie die Verhältnisse sich gestaltet haben, noch eigentliche Wirkung zu äußern vermag, ist das fait accompli. Beantwortet die Pforte die Ablehnung des sechsmonatlichen Waffenstillstandes mit der Besetzung von Belgrad, so muß ihr Zugeständnis, den status quo zur Basis der Friedensverhandlungen zu machen, nothwendig ganz anders ins Gewicht fallen, als in diesem Augenblicke, wo sie sich noch keines serbischen Gebietsheiles eigentlich versichert hat. Aber was in dieser Richtung geschehen könnte, muß rasch, müßte mit unaufhaltsamer Wucht geschehen, wenn es seine Konsequenzen auf die politischen Constellationen äußern soll, denen die Türkei sich augenblicklich gegenüber gestellt sieht. Nichts wäre nothwendiger und nichts würde von unmittelbarer Bedeutung für die moralische Stellung der Pforte sein, als

wenn sie endlich den Beweis lieferte, daß sie strategische und politische Siege nicht nur zu ersechten, sondern auch auszunützen imstande ist.

Die Frage ist lediglich, ob die Pforte dazu noch die Kraft besitzt, und diese Frage kann leider nur sehr bedingt bejaht werden. Die militärischen und finanziellen Anstrengungen, denen sie seit Beginn des Krieges unterworfen war, haben zu einer Erschöpfung geführt, welche sich nicht mehr wegleugnen läßt. Das mangelhafte Verpflegungssystem der Armee macht rasche Vorstöße fast zu einer Unmöglichkeit. Der Winter steht vor der Thür, und bei der mangelhaften Communication, bei der Zusammenziehung der türkischen Armee, die zu einem großen Theile aus asiatischen und anderen, an günstigere klimatische Verhältnisse gewöhnten Truppen besteht, muß er die Fortführung des Feldzuges in hohem Grade erschweren. Andererseits dringen die Mächte immer energischer auf den Abschluß des Waffenstillstandes. General Ignatieff wird, aller Voraussicht nach, angesichts der jüngsten Siege der Pforte sein Ultimatum nun ungestümmer und drohender zu stellen suchen. Noch allerdings ordnet er sich in seinen Vorstellungen, wie es scheint, den diplomatischen Conferenzen unter, die in Konstantinopel von den Vertretern der Großmächte zur Feststellung des modus procedendi der Pforte gegenüber abgehalten werden. Allein offenbar geschieht dies nur in der Erkenntnis des Umstandes, daß in der Frage des Waffenstillstandes wesentlich Einigung zwischen den Mächten herrscht und daß keiner der fremden Vertreter sich der Unterstützung der russischen Forderungen zu entziehen vermag. Hinter der Waffenstillstands-Frage aber steht die Frage der Special-Reformen für die insurgirten Provinzen, und hinter dieser die Garantiefrage.

Den drohenden Erscheinungen der auswärtigen Politik stellen sich noch unheimlichere Momente der inneren Lage zur Seite. Die in unserm Donnerstagsblatte gebrachten Details über die jüngsten Verschwörungen in Konstantinopel werfen ein eigenthümliches Licht auf den erschreckenden Fortschritt, welchen die Unterwühlung aller staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, welchen die Revolutionierung aller Schichten der Bevölkerung seit dem Sturze Abdul Azis gemacht hat. Hochgestellte geistliche Würdenträger, vornehme Verwaltungsbeamte, Führer hervorragender Parteien des Reiches reichen sich die Hand zum Umsturz der bestehenden Regierung in einem Augenblicke, wo der Feind an den Grenzen des Reiches steht. Die Reformfrage mit allen den Anforderungen und revolutionären Bestrebungen, allen den Schwierigkeiten und inneren Krisen, die sie entfesseln wird, wirft ihre düstersten Schatten voraus. Wie an einem hinsterbenden Körper brechen plötzlich Krankheitserscheinungen aus, die keine politische Diagnose vorher zu bestimmen, keine staatliche Therapie mit Sicherheit zu heilen weiß. Den Anstrengungen Midhat Paschas, das Reich auf neue Grundlagen zu stellen, ihm neue Bedingungen, neue Mittel würdiger staat-

licher Existenz zu erschließen, ist wiederum tiefe Apathie und die fatalistische Resignation des Orients gefolgt. Immer mehr scheint es, als ob das Reich, trotz des wilden Aufstoderns der Ideen des Islams, als der Khalif die Gläubigen zum Kampfe aufrief, trotz des Muthes und der Siege seiner Armee, den Glauben an sich selbst verloren hätte. Nur auf dem Boden, den heute die europäische Herrschaft der Türkei erfüllt, nur in den Traditionen von Byzanz kennt die Geschichte ein Beispiel gleich traurigen, gleich trostlosen, fast möchte man sagen, gleich hoffnungslosen Niederganges.

Sicherlich wäre es noch immer verfrüht, die Acten über das Schicksal der Türkei gänzlich zu schließen, und die Berechtigung und das politische Interesse Europa's fordern es, nichts unversucht zu lassen, um dem türkischen Reiche die Möglichkeit der Regeneration zu gestatten und es in seinem lokalen Bestreben nach Erneuerung seiner staatlichen Kraft, nach einer durchgreifenden Reformierung seiner politischen Existenz zu unterstützen. Aber die Klugheit fordert auch, sich Rechenschaft darüber zu geben, auf welcher Seite die absterbenden Kräfte zu suchen sind und auf welcher die aufstrebenden. Es ist eine harte, aber berechtigte politische Moral, sich von dem Schwachen abzuwenden und dem Starken zuzuwenden. Jeder Staat, der sich selbst achtet, wird Sorge tragen müssen, der brutalen Realistik dieser Moral keinen allzu großen Einfluß auf seine Entschliessungen zu gestatten, aber jeder Staat von gesundem und praktischem Realismus wird mit ihr rechnen müssen. Speciell was Oesterreich-Ungarn anbelangt, ist die Nutzenanwendung davon leicht zu ziehen.

Unser natürliches, gewissermaßen unser theoretisches Interesse begegnet sich unleugbar mit dem türkischen. Aber die Identificierung unserer Politik mit jener der Pforte würde uns in die bedenklichste und die unwillkommenste aller Bundesgenossenschaften drängen, in eine Bundesgenossenschaft, nicht zur Kräftigung, sondern zur Schwächung der Monarchie. Oesterreich-Ungarn ist stärker, wenn es allein steht, und stärker nicht bloß in Bezug auf seine eigenen, sondern auch in Bezug auf die Interessen der Pforte. Oesterreich kann sich dem rollenden Rade der Ereignisse, so schreibt der „Pester Lloyd“, nicht entgegenwerfen, es hat nicht den Beruf, einer Entwicklung hindernd in den Weg zu treten, die immer unaufhaltsamer zu werden den Anschein hat.

Parlamentarisches.

Wien, 24. Oktober.

In der heute abgehaltenen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde nachstehender Gesetzentwurf zur verfassungsmäßigen Behandlung eingebracht:

„Gesetz, womit Bestimmungen über die Schneearäumung auf Reichsstraßen erlassen werden.“

Feuilleton.

Die philharmonische Gesellschaft.

Es ist eine für den Uneingeweihten befremdliche Erscheinung, daß in unserer philharmonischen Gesellschaft seit einiger Zeit Symptome einer inneren Gährung zutage treten, die in dem bisher glatt verlaufenden Geschäftsgange der genannten Gesellschaft ganz besonders auffallen und das Interesse jedes denkenden Freundes unseres altherwürdigen Vereines wachrufen.

Manche suchen die Erklärung hiefür in personellen Rücksichten, was aber ganz entschieden auf einem Irrthume beruht, denn der wahre Grund liegt viel tiefer. Diesen aufzudecken ist unsere heutige Absicht, einestheils, um die stellenweise irreführende öffentliche Meinung an der Hand der Thatfachen aufzuklären, hauptsächlich aber im Interesse unseres, uns mit Recht so an das Herz gewachsenen Vereines.

Die philharmonische Gesellschaft in Laibach, gegründet im Jahre 1702, factisch ununterbrochen existirend seit 1797, hat den statutenmäßigen Zweck der Erhaltung, Vervollkommnung und Verbreitung der musikalischen Kunst in Krain, und suchte diesen auf Grundlage ihrer ursprünglichen Statuten durch Vorführung von Tonwerken und durch Haltung einer Vereinsschule zu erreichen. Sie hatte beitragende und ausübende Mitglieder, jede dieser beiden Kategorien entsendeten je einen Repräsentanten in die Direction. Dies war die alte

Organisation des Vereines, die jedoch infolge äußerer Einflüsse eine Umwandlung erfuhr. Es war nemlich in Deutschland eine mehr von politischen als künstlerischen Motiven angeregte Bewegung durch alle Gauen gezogen: der deutsche Männergesang, der in der Bildung zahlreicher Männergesangsvereine, Liedertafeln und Liederkranze die Pflege des deutschen Liedes sowol als auch die Erstarkung des Gefühles der politischen Zusammengehörigkeit aller deutschen Volksstämme gleichzeitig anstrebte.

In Oesterreich, aus polizeilichen Gründen hintangehalten, bürgerte sich diese neuere Idee erst langsam und viel später ein. Während die Zelter'sche Liedertafel in Berlin bereits 1808 gegründet wurde, entstand der erste österreichische Männergesangsverein in Wien erst 1844, die Liedertafeln in den Provinzen erst 1848 und nachher.

Das neue Tonmittel des vierstimmigen Gesanges blieb in seiner Hauptwirkung auf das Gebiet der Volkstümlichkeit beschränkt und wurde daher nur in bescheidenem Maße von den bedeutenden Tonkünstlern benützt. Glück führte den vierstimmigen Männergesang im Jahre 1799 in die Oper ein (Schubert'sche in seiner „Phygenie“, Beethoven's Gefangenchor in „Fidelio“). Der Männerchor als selbstständiges Tonmittel zu geselligen Zwecken trat erst auf, als sich die Compositeure auf dieses Gebiet warfen; in erster Linie Leonhard v. Call und Eisenhofer, denen dann allerdings eine Unzahl von Compositeuren von Burschen, Jagd-, Volks-, Freimaurer-, Wanderlieder u. folgten, darunter Namen bedeutenden Klanges, wie E. M. v. Weber, Schubert,

Mendelssohn, Silcher, Hiller, Vachner u. c., und endlich folgten die Vaterlands- und politischen Lieder, als deren Repräsentanten das deutsche Lied von Kalliwoda und das deutsche Vaterland von Reichardt gelten können.

Diese kurze Skizzierung des Entstehens des deutschen selbstständigen vierstimmigen Männergesanges mußten wir vorausschicken, um auf unsern Gegenstand einiges vorbereitende Licht zu werfen.

Die Bewegung nemlich, die ganz Deutschland erfaßte und im Jahre 1848 auch die schwarzgelben Grenzpfähle überschritt, blieb auch auf die philharmonische Gesellschaft in Laibach nicht ohne Einfluß. Im Jahre 1834 trat der vierstimmige deutsche Männergesang mit der Vorführung eines Eisenhofer'schen Quartettes das erste Mal, und zwar in bescheidenster Form in die Concert-Programme der philharmonischen Gesellschaft ein; es folgten nun ziemlich selten andere Quartette in die letzteren eingestreut. Erst im Jahre 1848 traten die ausübenden männlichen Mitglieder zur Aufführung vierstimmigen Männergesanges zusammen, und man nannte sie den Männerchor, sowie man heute noch die ausübenden weiblichen Mitglieder den Damenchor nennt, d. h. der Chor bestand thatsächlich, aber ohne innere Organisation. In dieser Form verblieb nun der Männerchor, einestheils als Choremement zu großen Aufführungen und zur Ausfüllung gemischter Concertprogramme, andertheils selbständig zu socialen, mehrtheils geselligen Zwecken, bis zum Jahre 1862.

Da in dieser Zeit, in welcher die neuen Vereinsbildungen in unserer Stadt auf der Tagesordnung waren, unter den Mitgliedern des Männerchores die Idee der

Laut § 1 desselben ist die zur Offenhaltung des Verkehrs notwendige Schneeabräumung auf den Reichsstraßen Aufgabe der Gemeinden, deren Gebiet entweder von der Straße durchzogen wird, oder die nicht mehr als zwei Wegstunden von der Arbeitsstrecke entfernt sind, und zwar dergestalt, daß die Gemeinde zur Schneeabräumung verpflichtet wird, wenn auch nur ein Theil ihres Gebietes innerhalb der obigen Entfernung gelegen ist. Den zur Schneeabräumung beigezogenen Gemeinden wird, wenn die Straße nicht durch einen bewohnten Ort geht (in diesem Falle ist die Schneeabräumung unentgeltlich zu leisten), eine Vergütung aus dem Staatsstraßenfonds geleistet. Der Staatsverwaltung steht es jedoch frei, die Schneeabräumung auf den Reichsstraßen auch in eigener Regie, im Accord oder im Verpachtungsweg zu bewirken."

Ferner gelangten nachstehende Regierungsvorlagen zur Vertheilung:

1. „Gesetz, womit Bestimmungen zur Hintanhaltung der Trunkenheit getroffen werden. Die Wirksamkeit dieses Gesetzes soll sich nur auf Galizien und Lodomerien sammt Krakau erstrecken."

Die Gesetzesvorlage wird durch das erschreckende Ueberhandnehmen der Trunksucht in Galizien motiviert, welche sich durch die Ungunst besonderer Umstände und Einrichtungen, deren gründliche Beseitigung schwer erreicht werden kann, erklärt; solche eigenartige Verhältnisse machten in Galizien schon in früherer Zeit strengere Vorschriften gegen die Trunksucht nötig, welche in anderen Ländern des Reiches entbehrlich waren.

Die Unbedachtsamkeit, mit welcher die Bevölkerung Zehnschulden einzugehen pflegt, und die entgegenkommende Bereitwilligkeit der Inhaber der Schänken, wiederholt gemachte Zechen zu borgen, macht gleichfalls die Controle des Staates notwendig. Die Sorglosigkeit der Schuldner, die Schwierigkeit, welcher sie bei der Einmahlung begegnen, sich rechtzeitig auch nur geringe Beträge zu verschaffen, um sich ihrer Verbindlichkeiten zu entledigen, haben zur Folge, daß es bei Eingehung selbst unbedeutender Zehnschulden zur Ausstellung von Schuldbriefen und Unterfertigung von Wechseln kommt; durch Zurechnung übermäßiger Zinsen, durch Prolongationen, welche nur durch Uebernahme großer Opfer erlaßt werden, gelingt es dann dem Creditgeber, die ursprünglich unbedeutende Schuld zu einer Höhe zu steigern, unter welcher der Creditnehmer zusammenbrechen muß. So wurde ein Fall erhoben, wo durch Anwendung derartiger Mittel ein Schuldbetrag von 20 fl. in drei Jahren auf 1000 fl. angewachsen ist.

Das Gesetz hat somit eine zweifache Aufgabe zu erfüllen: es hat strafrechtliche Bestimmungen gegen die Trunksucht aufzunehmen und auf dem civilrechtlichen Gebiete den Gefahren entgegenzuwirken, welche das Eingehen von Zehnschulden zur Folge hat.

2. Gesetz, betreffend Abhilfe wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften, wirksam für Galizien, Lodomerien und Krakau. Dasselbe wird durch den in den genannten Ländern schrecklich überhandnehmenden Wucher motiviert."

Die Tagesordnung der nächsten, heute den 27. d. stattfindenden Sitzung des Abgeordnetenhauses lautet:

1. Wahl eines Ausschusses von 9 Mitgliedern aus dem ganzen Hause zur Verathung der Petition wegen Revision des Hauspatentes.

2. Wahl eines Ausschusses zur Vorberathung des Antrages des Abg. Dr. Varenther wegen gesetzlicher Normierung des Concurrenzwesens hinsichtlich aller mit

öffentlichen Mitteln herzustellenden Werke der bildenden Künste.

3. Ergänzungswahlen, und zwar:

a. für den volkswirtschaftlichen Ausschuss fünf Mitglieder,

b. für den Budgetausschuss ein Mitglied,

c. für den Eisenbahnausschuss ein Mitglied.

4. Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Bestimmungen zur Hintanhaltung der Trunkenheit in Galizien.

5. Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Abhilfe wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften in Galizien.

6. Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Aenderung der Bestimmung des § 2 des Gesetzes vom 15. April 1873, R. G. Bl. Nr. 52, in Bezug auf die Einrichtung der Statthalterei in Prag.

7. Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Erlassung von Bestimmungen über die Schneeabräumung auf den Reichsstraßen.

8. Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Entwurf einer Civilprozeßordnung.

9. Erste Lesung des Antrages des Abgeordneten Dr. Dürrenberger und Genossen über die Behandlung der Civilprozeßordnung.

10. Fortsetzung der Berichte über Petitionen (32., 33. und 34. Verzeichniß); eventuell

11. zweite Lesung des Antrages des Abgeordneten Göllerich und Genossen, betreffend die Reform der politischen Verwaltung.

Die Gefahren einer mohamedanischen Erhebung in Bosnien.

Wie sehr die Aufregung der Mohamedaner in Bosnien infolge der neuesten politischen Nachrichten und ihrer daran geknüpften Befürchtungen vor einer Verwirklichung der für Bosnien projectierten Autonomie der Verwaltung im Wachsen begriffen ist, beweist folgende Thatsache, welche sich rechtzeitig die „Pol. Corr.“ aus Serajevo signalisieren läßt:

„Unter den Augen des Bali Nazif Pascha machte der hiesige Desterdar (Finanzdirector), Hadji Raschid Effendi, in der gestrigen Nachtsitzung des Landesverwaltungsrathes den Vorschlag, aus jedem Kreise des Vilajets zwei Mohamedaner in den hier bestehenden Rath für den Religionskrieg (Dzihadje Medzlis), dessen Präsident der Obergerichtspräsident Omer Effendi ist, als ständige Mitglieder zu berufen, damit sie für den Fall der allgemeinen mohamedanischen Bewegung mitwirken sollen."

Auf eine Einwendung des gleichfalls im Landesverwaltungsrathe anwesenden Metropolitens Antimos, daß wol eine solche Erhebung nicht bevorstehe, und somit die Berufung der Mohamedaner die Beruhigung der Gemüther auf das höchste steigern müßte, erwiderte der Antragsteller Raschid Effendi, daß die mohamedanische Erhebung in Bosnien für den Fall, als die sogenannte Autonomie der Provinz beschlossen werden sollte, vorauszusehen sei.

In der am nächsten Abende stattgefundenen Sitzung des Landesverwaltungsrathes wurde der Antrag Raschid Effendi's beinahe einstimmig zum Beschlusse erhoben.

Man kann daraus entnehmen, mit welchen Gefahren die Situation für die christliche Bevölkerung geschwängert ist, wenn die Einführung, sei es der von der Pforte spontan beabsichtigten, sei es der von den Großmächten gewünschten Reformen zur Wahrheit

werden sollte. Die Dinge stehen in diesem Augenblicke so, daß selbst die Regierungsorgane, wie es der Bali Nazif Pascha und der Chef der politischen Correspondenz des Vilajets Dorgahat Effendi sind, gar kein Hehl daraus machen, daß für den Fall der Einführung einer Autonomie in Bosnien eine Massenerhebung der Mohamedaner zur Vertheidigung des Islams erfolgen werde, und die Mohamedaner ein Massacre unter den Christen anrichten werden. So gestalten sich die Zustände in Bosnien in diesem Augenblicke."

Vom Kriegsschauplatz.

Aus Belgrad schreibt man der „Pol. Corr.“ vom 21. d. M.:

Am Timok ist es wieder still geworden. Die Serben besetzen Planšica, Metonica und Brajzogranci. Die Positionen Osman Paschas in und um Zajcar herum sind aber so stark, daß an rasche und durchschlagende Erfolge des serbischen Corps im Timokthale kaum zu denken ist. Um den Besitz dieser Positionen dürfte aber noch viel gekämpft werden. Für beide Theile stehen zu wichtige strategische Interessen auf dem Spiele, um daß ein Mißerfolg den einen odern andern der Gegner zum Aufgeben seiner Bemühungen veranlassen sollte.

Die belgrader und sumadizer Brigaden, 4000 russische Freiwillige, sowie 5 Batterien sind gestern aus Deligrad und Cuprija dem Horvatovic als Succurs geschickt worden. Es geht aus den Berichten dieses letzteren hervor, daß Abdul Kerim Pascha das Gros seiner Macht, weit über 65,000 Mann, am 19. und 20. d. ins Feuer schickte, um den Durchbruch der starken serbischen Linie zu bewerkstelligen. Wie türkische Gefangene, die am 19. d. gemacht wurden, ausgaben, äußerten die türkischen Offiziere sich den Truppen gegenüber dahin, daß Krusevac genommen werden muß, damit der Befehl des Padiſchah erfüllt werde. Die Angabe, daß der Sultan selbst es befohlen habe, spornete die Soldaten an, umso muthiger die ihnen gestellte Aufgabe zu erfüllen.

Am 19. d. gelang es Hafiz Pascha, drei wichtige serbische Positionen zu erstürmen; am darauffolgenden Tage nahm sie Tschernajeff ihm wieder ab. Es wurde an beiden Tagen von beiden Seiten mit einer, in diesem Kriege noch nicht dagewesenen Erbitterung gekämpft, leider aber serbischerseits ohne Glück und mit großen Verlusten. Die vorhandenen Spitäler genügen nicht mehr zur Aufnahme der auf 1400 veranschlagten Verwundeten und werden in aller Eile neue Spitäler in Belgrad, Paraćin und Cuprija errichtet. Der Verlust an Offizieren ist, wie in allen bisherigen Treffen, ein enormer. Und doch sieht man nach allen Anzeichen erst vor der Hauptschlacht.

Hier in der Festung wurden 97 türkische Gefangene, darunter 14 Offiziere, interniert. Es verlautet, die Regierung wolle dieselben freilassen, um die Courtoisie zu beantworten, mit welcher die Pforte einige serbische Gefangene nach der Primat entließ, die auch bereits hier angekommen sind. — Nach dem Ausweise der officiellen „Ersake Novine" beträgt die Höhe der bis jetzt eingeflossenen russischen Spenden (von lauter Privatpaten) 950,914 Rubel in Silber.

Rußlands Orientpolitik.

„Man darf keineswegs annehmen — so schreibt man der „Wr. Abendpost" aus Petersburg vom 21. d. M., — daß die russische Nation für einen Krieg mit der Türkei schwärmt, noch weniger, daß Rußland

Bildung eines selbständigen Männergesangsvereines aufsuchte und die damaligen leitenden Kreise der Gesellschaft hierin eine Gefahr der Zerspaltung der in Laibach ohnehin zerfahrenen Musikkreise fürchteten, entschloß man sich, dem Männerchor eine selbständigere Stellung in der Gesellschaft einzuräumen, man versah ihn mit eigenen Statuten (genehmigt mit Allerhöchster Entschliebung vom 2. Februar 1862 und bestätigt vom hohen Staatsministerium unterm 3. Mai 1862, Z. 8712), man gab ihm Sängergehen und Motto, eine Subscription unter den Frauen der Stadt schaffte eine Fahne herbei, mit einem Worte: Laibach hatte seinen selbständigen Männergesangsverein, aber so in den Gesamtorganismus der philharmonischen Gesellschaft eingefügt, daß er stets den allgemeinen Gesellschaftszwecken unterthan blieb. Derselbe war ein integrierender Theil der Gesellschaft (§ 35), der Gesellschaftsdirector führte den Vorsitz bei den Ausschüßsitzungen des Männerchors (§ 15), der Männerchor entsendete drei Ausschüßsmänner als seine Vertreter in die Direction der Gesellschaft (§ 14). Der wichtigste Paragraph aber, und der Schlüsselpunkt der neuen Organisation, war der § 47, der wörtlich also lautete: Der Männerchor hat die Pflicht, bei den Productionen der philharmonischen Gesellschaft über Beschluß der Direction mitzuwirken, und nimmt das für zur Deckung seiner Bedürfnisse nach Maßgabe des diesfälligen Directionsbeschlusses an dem Vermögen der Gesellschaft theil.

Nun begann die Blüthenperiode des Männerchors, ein neues, frisches Lebenspulsirte in seinen Adern, er zog

nach Neumarkt, Jorja, Trieste, Görz und Cilli zu den Sängerfesten, überall durch seine Leistungen Achtung erwerbend.

Bei der Vethargie, welche die beitragenden Mitglieder den Plenarversammlungen und Directionsversammlungen der Gesellschaft von jeher entgegenbrachten, geschah es als Regel, daß der Männerchor bei den Wahlen, auch in die Gesamtdirection, sozusagen allein auf dem Platze erschien. Doch hatte es keine Noth für die Gesellschaft, da sich der Männerchor stets gern und bereitwillig den Gesellschaftszwecken angeschlossen, und so bewährte sich die allerdings eigenthümliche Einfügung des selbständigen Männerchors in die Gesellschaft, umso mehr, als es demselben nie einfiel, eine dominierende Stellung einnehmen zu wollen, im Gegentheil, er bedauerte es, daß sich die beitragenden Mitglieder nicht lebhafter bei den Plenarversammlungen betheiligten.

Anders kam es nun. Als der hochverdiente Gesellschaftsdirector v. Schöppel seine Stelle als solcher niederlegte und ein Comité gewählt wurde zu einer Revision der Gesellschaftsstatuten, da setzte sich der Männerchor das erste Mal in Opposition gegen das Recht der Plenarversammlung sämtlicher Mitglieder, auch die Statuten des Männerchors einer Revision zu unterziehen. Um des lieben Hausfriedens willen gab man nach; es war das erste Mal, daß sich die Gefahren einer Sonderstellung eines Vereinstheiles im Vereine bemerklich machten.

Der Männerchor machte sich nun selbst neue Statuten, in welchen folgende bemerkenswerthe Abänderungen vorkamen (Statuten des Männerchors vom Jahre 1874):

Während die früheren Statuten eine fortlaufende Nummer der Paragraphen bildeten und so gewissermaßen auch äußerlich die Einheit der Gesellschaft einen Ausdruck fanden, führen die neuen Statuten den Separattitel „Statuten des Männerchors der philharmonischen Gesellschaft" und beginnen mit § 1. Doch abgesehen hiervon enthält § 10 eine Bestimmung, die den allgemeinen Gesellschaftszwecken geradezu über den Hausen wirft. Gegenstand der Ausschüßberatungen des Männerchors ist unter andern, so lautete der bewußte Paragraph, die endgiltige Entscheidung über die in der Saison vorzunehmenden Productionen und Unterhaltungen, insbesondere die Entscheidung der Concerte des Umfanges bei Mitwirkung der Concerte der philharmonischen Gesellschaft mit Rücksicht auf den Zweck des Männerchors. Also der Männerchor hat das legale Recht, seine Mitwirkung bei den Gesellschaftsconcerten zu verweigern; damit ist die frühere Organisation in ihrem Angelpunkte verrückt, es kann unmöglich eine Gesellschaft existieren, deren einem Theile das Recht zusteht, die Verpflichtungen zu verweigern und doch an dem Gesellschaftsvermögen theilzunehmen.

Dieser Vorgang hat über die Zwecke, welche nun der Männerchor verfolgt, ein eigenthümliches Licht geworfen; also darum handelt es sich ihm, sich immer selbständiger zu stellen, ja die Gesellschaft im § 8 aufzufordern, ihre Concertprogramme so einzurichten, daß der Männerchor in seinem Separatzweck (Pflege des Liedes) nicht geniert werde.

Das hat die Fernsehenden der beitragenden Mitglieder darüber belehrt, daß die alte Einheit der Gesellschaft nun erschüttert sei, und so kam es, daß sich nun

Eroberungen auf Kosten der Türkei machen wollte. Am wenigsten liegt aber ein Krieg in der Absicht des Kaisers. Hätte diese Absicht bestanden, so wären ja mit Vorsicht alle Maßregeln getroffen worden, man hätte namentlich den Staatsschatz geschont, anstatt aus demselben in den letzten Monaten mehr als sechzig Millionen zu entnehmen, um den Cours der Staatspapiere zu halten. Andererseits wird durch die Ereignisse auf der Balmus-Halbinsel seit mehr als einem halben Jahre unser Geschäftsleben gelähmt und werden durch die Nachrichten aus der Türkei die Gemüther im hohen Grade aufgeregt. Diesen Zuständen kann aber nicht durch ein bloßes Dreinschlagen ein Ende gemacht werden; vorher haben sich die europäischen Mächte zu einigen, welche Maßregeln sie für die wirksamsten halten, um Ruhe, Frieden und Ordnung in den so arg heimge suchten Provinzen des osmanischen Reiches wieder herzustellen. Daß dies nicht so schnell und so leicht thunlich ist, liegt auf der Hand; es muß eine Einigung gefunden werden, welche auch die Interessen der Nachbarstaaten sowie Englands schützt, und vor allen Dingen muß das Mißtrauen aufhören, mit welchem nicht allein französische und englische Blätter, sondern sogar deutsche Rußland überhäufen. So lange man noch an die Fabel vom Testamente Peters des Großen glaubt, so lange man sich einbildet, seit Katharina II. habe Rußland keinen andern Zweck verfolgt als den, Konstantinopel zu erobern, so langewird das Mißtrauen nicht aufhören. Freilich ließ die Kaiserin zur Zeit des zweiten Türkenkrieges eine Medaille schlagen mit einer vom Blitze getroffenen Moschee, freilich ließ sie ihren zweiten Enkel Konstantin nennen und ihm Unterricht im Neugriechischen geben, aber gewiß nicht, um Carigrad (Stambul) mit Rußland zu vereinigen, sondern um womöglich ein unabhängiges byzantinisches Reich zu stiften, auf dessen Thron der Großfürst Konstantin erhoben werden sollte. Niemals hat ein russischer Souverän daran gedacht, aus Konstantinopel eine russische Stadt zu machen, und am allerwenigsten darf man Kaiser Alexander II. eine derartige Absicht zutrauen. Das Prinzip der Regierung des Kaisers ist der Friede, und obgleich die Armee auf Kriegsfuß gesetzt wird, besteht noch immer die Hoffnung, daß selbst im letzten Augenblicke die hohe Pforte sich zu einer friedlichen Einigung mit den Großmächten entschließen werde.

Die sämtlichen noch dienstpflichtigen Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten sind nicht allein aus Serbien, sondern überhaupt aus dem Auslande zurückberufen worden. Viele Offiziere sind vom Kriegsschauplatz wie der eingetroffen, manche enttäuscht, nur wenige voll von großem Enthusiasmus, einige hat die serbische Regierung selbst zurückgeschickt. Auch von den Ärzten sind viele aus Serbien und den Schwarzen Bergen wieder eingetroffen, während andere dahin abgegangen sind, um die Heimgekehrten zu ersehen. Die Sendungen an Geld und Lazarethgegenständen, Kleidern und Lebensmitteln für die Kranken und Nothleidenden dauern fort, namentlich durch den staatlichen Wohltätigkeitsverein, welcher durchaus unter der Controle der Regierung steht. Es ist derselbe Verein, welchen neulich ein französisches, Rußland übelwollendes Blatt „das panslawistische Comité, die siebente Großmacht“ nannte.

Politische Uebersicht.

Wien, 26. Oktober.

Einer Meldung der „N. fr. Pr.“ zufolge trafen gestern Se. Majestät der Kaiser in Begleitung Sr. Excellenz des Ministers des Aeußern, Grafen Andrassy, in Wien ein. Die „N. fr. Pr.“ bringt die Rückkunft des Ministers des Aeußern in Verbindung mit der Beantwortung

der Interpellation des österreichischen Abgeordnetenhauses über die orientalische Frage.

Die Landtagswahlen in Galizien haben vorgestern begonnen. Das Resultat der Wahlen in den Landgemeinden ist für die Ruthenen ein überaus ungünstiges, denn sie haben siebenzehn Sitze im Landtage verloren. Die Physiognomie des galizischen Landtages dürfte nach den bisherigen Resultaten ein noch stärker polnisches Gepräge erhalten als bisher. Heute wählen die galizischen Städte, am 31. Oktober der Großgrundbesitz.

Zur Lösung der Bankfrage bedeutete der gestrige Tag einen wichtigen Schritt. Die Eröffnung der beiden Regierungen befindet sich thatsächlich seit gestern morgens, wie die „Presse“ schreibt, in den Händen des Bankgouverneurs. Es sind nicht abgesonderte Noten, mit welchen die beiden Finanzminister an die Bank herantreten, sondern erfolgte die Mittheilung in Form einer von Herrn v. Szell und dem Freiherrn v. Pretis gezeichneten Collectivnote, welcher der Entwurf eines Statuts und Reglements für das künftige Bankinstitut beiliegt.

Mit Deutschlands Haltung zur orientalischen Frage beschäftigt sich auch eine berliner Correspondenz des „Journal des Débats.“ Sie stellt als leitenden Gedanken der deutschen Politik den Satz auf, daß der Krieg zwischen Rußland und der Türkei, wenn er nicht zu hintertreiben ist, localisiert werden müsse. Zum Schlusse bemerkt der Correspondent ganz richtig: „Zwischen den zwei an den beiden Extremen stehenden, von Rußland und England vertretenen politischen Systemen muß ein drittes, dasjenige Deutschlands, einen Platz finden. Die deutsche und die englische Anschauungsweise unterscheiden sich dadurch, daß die Deutschen sich heute über die Integrität des osmanischen Reiches hinwegsetzen, während die Engländer darauf halten müssen; aber daraus darf man nicht folgern, daß Deutschland je einer russischen Politik hulbig wird, so lange sein einziges Interesse in der Frage darin besteht, Rußland von der Donau fernzuhalten.“ — Der „Nationalzeitung“ zufolge sollen im Falle einer bewaffneten Intervention Oesterreich und Rußland den Interventionsmodus Deutschland anheimgeben. Doch spricht genanntes Blatt die Hoffnung aus, daß es weder einem äußeren noch einem inneren Drängen gelingen werde, Deutschland aus seiner durch seine Interessen klar vorgezeichneten reservierten Stellung zu drängen. Auch andere Morgenblätter betonen, daß der von der „Times“ von Deutschland geforderte Frieden den Krieg bedeute, während die Fortsetzung der bisherigen deutschen Politik für die nächste Zukunft den Frieden sichersstelle.

In Frankreich wurden einige Aenderungen unter dessen diplomatischen Vertretern vollzogen; so wurde zum französischen Botschafter beim heiligen Stuhle Baron Baude und zu Gesandten Marquis de Gabriac für Belgien, Graf Duchatel für Dänemark, Tissot für Griechenland und Lessourd für Marokko ernannt.

Im englischen Cabinet dürften, wenn man den immer lebhafter auftretenden Gerüchten Glauben beimessen kann, Veränderungen inbälde vor sich gehen. Es soll sich bestätigen, daß Lord Beaconsfield seine Functionen auf den Geheimsiegelbewahrerposten zu beschränken beabsichtigt, daß Sir Stafford Northcote der neue Premierminister und Mr. Ward Hunt der neue Schatzkanzler (ein Posten, den er übrigens schon einmal unter dem jetzigen Cabinetschef bekleidet hat) sein wird. Das Portefeuille des Marineministers soll indeß nicht, wie es anfänglich hieß, Lord George Hamilton, sondern Herrn Selader Booth, dem gegenwärtigen Präsidenten des Localregierungs-Collegiums, verliehen werden. In Bezug

auf die orientalische Frage scheint die gesammte londoner Presse einem gleichlautenden Communiqué der Regierung zu folgen. Sämtliche Blätter halten die Verfigerung aufrecht, daß England nach dem Fehlschlagen aller bisherigen Vermittlungsversuche vorerst keine ferneren Schritte in dieser Richtung thun, sondern sich bis auf weiteres mit einer beobachtenden Haltung begnügen werde. Es ist dies eine Zusicherung, die von sämtlichen Blättern, den oppositionellen sowohl wie den regierungsfreundlichen, mit großer Befriedigung besprochen wird. Die „Times“ und „Daily News“ erachten das russische Ultimatum, so wie es bis jetzt von der Fama paraphrasiert worden, seitens der Türkei für annehmbar, die „Times“ möchten nur den geforderten militärischen Schutz von einer wirklich neutralen Macht gestellt sehen. „Daily Telegraph“ erklärt das Ultimatum für unzulässig, der „Standard“ bezweifelt dessen Echtheit. Die londoner russische Botschaft erhielt noch keine Anzeige bezüglich des angekündigten Besuchs des russischen Thronfolgers. Eine Verstärkung der Schiffe und Mannschaften für das Mittelmeer wird vorbereitet.

Die von uns seinerzeit gebrachte telegraphische Anmeldung, daß der Czarewitsch eine Rundreise nach Wien, Berlin und London unternehmen werde, wird nun auch von russischer Seite auf das entschiedenste dementiert, dagegen bestätigt sich die Nachricht, daß das russische Levantergeschwader in Triest erwartet wird, auf dessen Rhebe es überwintern soll; man vermuthet, daß sich die russischen Kriegsschiffe aus dem Mitteländischen Meere zurückziehen, weil ihnen dort die türkische Flotte bei weitem überlegen ist.

Rußlands mit Rumänien abgeschlossene Convention, über die wir bereits Mittheilung machten, soll der „France“ zufolge außer den schon bekannten Bestimmungen für Rußland die Verpflichtung enthalten, auf dem nächsten Congreß der Mächte die officielle Bestätigung der Erhebung Rumäniens zu einem Königreich zu beantragen. Einstweilen erkennt es für seinen Theil schon den Fürsten Karl als König von Rumänien an und verbürgt ihm, daß auch Deutschland ihn ohne Verzug als solchen anerkennen werde. Die ganze rumänische Armee soll auf den Kriegsfuß gestellt werden. Rußland wird die Waffen liefern, welche von Berlin nach Jassy dirigiert werden sollen; die Schießvorräthe werden von den russischen Arsenalen gestellt werden. Da die rumänischen Staatskassen leer sind, verpflichtet sich Rumänien, im eigenen Lande eine Zwangsanleihe aufzunehmen oder Papiergeld mit Zwangscurs auszugeben. Wenn die Mächte es wünschen, sollen die Truppen sich bereit halten, Bulgarien zu besetzen, bis diese Provinz die neue Organisierung, welche man für sie verlangen will, erhalten haben wird.

Aus Konstantinopel wird berichtet, daß die Pforte nun eine zweimonatliche Suspendierung der Feindseligkeiten vorschlägt, um die verheißenen Reformen ins Leben treten zu lassen.

Am Kriegsschauplatz, auf welchem, wie es scheint, beide Theile der Ruhe bedürfen, ist eine Pause in der Action eingetreten. Dagegen soll, wie das „N. W. Tgbl.“ aus Ragusa vom 24. d. meldet, eine türkische Truppe die österreichische Grenze bei Stravot auf der Befestigung des Kalic überschritten haben, wo sie dem österreichischen Unterthan Misko Kalic Vieh raubte und den seinen Acker bestellenden Blaho Kalic schwer verwundete.

Tagesneuigkeiten.

— (Postdebit-Entziehung.) Das k. k. Ministerium des Innern hat den Zeitschriften „Gazzetta di Treviso“ in Treviso, „Il Rinnoamento“ in Venedig, „Il Badiglione“ in Padua, „L'Abige“ und „L'Alleanza“ in Verona auf Grund des § 26 des Pressegesetzes den Postdebit für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder entzogen.

— (Personalausichten.) Der Sectionschef im Cultus- und Unterrichtsministerium Herr Karl Fidler hat in Benützung eines längeren Urlaubes eine Inspectionsreise nach Südfrankreich angetreten, welche er eventuell auch auf Italien auszudehnen beabsichtigt. — Wie die „Vol. Corr.“ vernimmt, ist das Befinden des vor kurzem in Livadia erkrankten, in Wien in der Privatheilanstalt des Dr. Leidesdorf zeitweilig domicilirenden russischen Generals und Chefs der Gendarmerie, Potapoff, ein derart günstiges, daß sehr begründete Hoffnung vorhanden ist, der erkrankte General werde, durch die vortreffliche Pflege und rationelle Behandlung, in welcher er sich in Wien befindet, sehr bald wieder in seine amtliche Stellung zurückkehren können.

— (Eine ungewöhnliche Obstausstellung.) Man schreibt aus Graz: Es ist in unserer Landstube eine Obstausstellung eröffnet worden, wie sie der steiermärkische Gartenbauverein jährlich einmal zu veranstalten pflegt. Dem Besucher muß es jedoch sofort auffallen, daß die heutige Ausstellung einen ganz ungewöhnlichen Charakter an sich trägt, und namentlich wird er die durch ihre äußere Schönheit auffallenden Exemplare vermissen, welche diese Ausstellungen sonst bereicherten und zierten. Wirklich handelte es sich für den Gartenbauverein heuer auch nicht um das Arrangement einer der landläufigen Ausstellungen, sondern er wollte ein anschauliches und lehrreiches Bild von den verheerenden Wirkungen liefern, welche die Spätkröße des Monats Mai auf die Obstkultur geübt haben. Und dieser Zweck ist denn auch wirklich in der für den Fachmann instructivsten Weise erreicht worden. Jeder Aussteller hat seinen exponierten Objecten einen erklärenden Bericht beigegeben, und man braucht nur diesen mit

auf einmal auch die beitragenden Mitglieder gegen den alten Usus zu den Plenarversammlungen und Directions wahlen einfanden, in bisher noch nicht erlebter Anzahl. Anstatt daß der Männerchor diese Theilnahme der beitragenden Mitglieder für die Gesellschaftsinteressen lebhaft begrüßt hätte, betrachtete er nun den Usus von früher als sein Recht und war bestrebt, bei den Wahlen jedesmal die Candidaten der beitragenden Mitglieder zu verdrängen und nur seine eigenen Candidaten durchzusetzen, und zwar mit allen möglichen Mitteln, die in einem gesunden Vereinsleben gar nicht vorkommen sollen. So war es vor zwei Jahren, voriges Jahr, und so ist es auch für heuer geplant.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß der Männerchor heute eine ganz exempte Stellung in der philharmonischen Gesellschaft beansprucht, die sich mit den Gesamtinteressen nicht verträgt, und daß er gesonnen ist, diese Stellung auch mit allen Mitteln zu behaupten. Wir wiederholen es nochmals, nicht um Personen handelt es sich im gegenwärtigen Augenblicke, sondern um ein Prinzip: Liedertafel oder Musikverein. Um heutzutage eine neue Liedertafel zu bilden, was wir fast einen Anachronismus nennen möchten, ist das Kunstgenre des Männergesanges ein zu einseitiges Tonmittel, auch fehlt ihm heutzutage das politische Motiv, das einst den Männergesang so üppig ins Kraut schießen ließ. Selbst der erste der Männergesangsvereine, der wiener Männergesangsverein, wüßte in Würdigung der oben gemachten Behauptung von der Einseitigkeit des Tonmittels seine Productionen stets mit Instrumentalconcerten und führt seine Concertanten sogar auf seinen Kunst-

reisen mit. Es erscheint daher die Krisis, die über unsere philharmonische Gesellschaft hereingebrochen ist, am besten dadurch beseitigt, wenn derselben der Charakter eines Musikvereins gewahrt wird, wenn der Männerchor sich in den Rahmen der Statuten vom Jahre 1862 zurückbegibt, vor allem aber den verhängnisvollen § 10 seiner Statuten wieder annulliert, sich den Wünschen der beitragenden Mitglieder freundlicher gegenüberstellt in Würdigung dessen, daß ja sie zur Erhaltung der Gesellschaft auch beitragen, dem Männerchor gegenüber ja ohnedies verkürzt erscheinen, da der Männerchor das Wahlrecht doppelt ausübt: einmal bei den Plenarversammlungen der Gesellschaft und dann bei seinen eigenen Ausschusswahlen, da er ja drei Mitglieder des Ausschusses als seine Vertreter in die Gesamtdirection entsendet. Es ist nicht klug vom Männerchore, die beitragenden Mitglieder so vor den Kopf zu stoßen, sie sind ja ein gleichberechtigter Factor der Gesellschaft, und nur im freundlichen Zusammenwirken beider liegt die Gewähr des Gedeihens der Gesellschaft. Hebung der Musikschule, die jetzt eine öffentliche ist, Erweiterung ihrer Lehrfächer, Aufführung guter Tonwerke unter Mitwirkung des Männer- und Damenchores, ferner Beförderung des socialgesellschaftlichen Elementes durch den Männerchor und Eintrag unter den Mitgliedern jeder Kategorie ist der Zweck der philharmonischen Gesellschaft, und nicht die Schaffung einer selbständigen Stellung eines Theiles des Vereines, nicht die Schöpfung eines Staates im Staate.

dem aufsteigenden Obß zu vergleichen, um sehr interessante Fingerzeige über den Grad der Zerstörung zu erhalten, den die Fröste in den verschiedenen Gegenden des Landes zur Folge hatten; über die Widerstandsfähigkeit der einzelnen Sorten, über die günstigen und ungünstigen Einflüsse während der Fröste u. dgl. m. Die Verfasser der instructivsten Berichte sind mit Geldprämien bedacht worden.

— (Die russische Corvette „Craysser.“) Samstag mittags flutete der Commandant der in Triest vor Anker liegenden Corvette, Schiffscapitän Rasimoff, in Begleitung des russischen Consuls dem k. k. Statthalter Baron Pino von Friedenthal einen Besuch ab, welchen Se. Excellenz noch am selben Nachmittage erwiderte. Der Statthalter wurde von der Corvette mit den gebührenden Gefühlsalben begrüßt, welche vom Castill aus beantwortet wurden. — Die Corvette hat bereits die triester Röhde verlassen. Dieselbe dürfte nach Corfu gegangen sein, um sich mit der eigenen Escadre zu vereinigen.

Lokales.

— (Personalia.) Die gestrige wiener „Presse“ bringt die Nachricht, daß Generalmajor Baron Jovanović nach seinem neuen Bestimmungsorte Laibach abgegangen sei. Wir sind auf Grundlage eingeholter Informationen in der Lage, mitzuteilen, daß Generalmajor Baron Jovanović, welcher anstelle Sr. Excellenz des Feldmarschall-Lieutenants Edler von Fürster als Divisionscommandant für Laibach ernannt worden, sich auf mehrwöchentlichem Urlaube gegenwärtig in Zara befindet. Bis zu dessen, wie gesagt, erst in mehreren Wochen erfolgender Rückkehr ist, so bald als Generalmajor Ferdinand Woschilka, der jetzige Commandant der hiesigen Truppendivision, in den definitiven Ruhestand übertritt, Generalmajor Müller, derzeit Brigadecommandant in Klagenfurt, als Divisionscommandant designiert.

— (Ernennung.) Laut der gestrigen „Wiener Zeitung“ wurden der Domherr Friedrich Edler v. Premerein, der Ehrenkommandeur Dr. Leonhard Kofutar, der Director der Staatsoberrealschule in Laibach, Schulrath Dr. Johann Rhal, und der Oberlehrer an der ersten städtischen Volksschule hier, Andreas Praprotnik, zu Mitgliedern des krainischen Landesschulrathes für die nächste sechsjährige Funktionsperiode ernannt.

— (Salvay'sche Armenanstalt.) Die im zweiten Semester d. J. fälligen Interessen der Frau v. Salvay'schen Armenanstalt gelangen im Betrage von 740 fl. unter wahrhaft bedürftige adelige Hausarme zur Verteilung, und sind diesbezügliche Gesuche, welche an die Landesregierung einfließen und mit einem Armuthszertifikate sowie mit dem Adelsnachweise belegt sein müssen, binnen vier Wochen in der fürstbischöflichen Ordinariatskanzlei zu überreichen.

— (Die hiesige k. k. Hebammenanstalt) wurde vom Jahre 1865 bis Ende des Sommersemesters 1876 von 273 Schülerinnen besucht; hievon waren aus Krain 152, aus Kroatien 85, aus Slavonien 15, aus Steiermark 8, aus Ungarn 3, aus Böhmen 0, Kärnten und Kärntenland je 2, aus Mähren, Tirol, Syrmien und Bosnien je 1 Schülerin.

— (Für das hernalser Offiziersdchter-Bildungsinstitut) sind bisher 414,237 fl. 90 kr. bar und 44,855 fl. in Obligationen eingegangen.

— (Grundentlastungsschuld Krains.) Nach dem von der Staatsschulden-Controllcommission des Reichsrathes veröffentlichten Stande der gesammelten consolidirten Staatsschuld, der nicht gemeinsamen schwebenden, der Grundentlastungs- und der nicht consolidirten garantierten Landesschulden der im österreichischen Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder betrug die verzinsliche Grundentlastungsschuld des Kronlandes Krain Ende Juni 1876 7.226.887 fl. 50 kr. ö. W., und für bereits verlorste, jedoch nicht bezogene, daher unverzinsliche Obligationen 29.242 Gulden 50 kr. ö. W. Die Grundentlastungsschulden sämmtlicher im Reichsrathe vertretenen Länder betragen in Conv.-Münze 201.764.944 fl. und das hierfür jährlich notwendige Zinsenerfordernis 9.040.817 fl. 83 kr. Die Gesamt-Staatsschuld ohne Grundentlastungsschulden der einzelnen Länder betrug jedoch mit Ende Juni d. J. 2834.071,186 fl. 11 kr., wofür jährlich 114.066,480 Gulden 53 kr. an Zinsen erfordert werden. Die gemeinsame schwebende Staatsschuld hat sich seit Ende 1875 um 14.445,214 Gulden vermindert und beträgt jetzt 332.055,819 fl.

— (Gast- und Schankgewerbe-Concessionen.) In neuerer Zeit mehren sich die Fälle, daß Personen, welche ein Gast- oder Schankgewerbe betreiben wollen, Inhaber von solchen bereits bestehenden Gewerben zur Aufhebung ihres Geschäftes, respective zur Zurücklegung desselben, zu ihren Gunsten gegen eine oft durch einen förmlichen Vertrag stipulierte Entschädigung bestimmen und erst dann unter gleichzeitigem Beginnen des Geschäftsbetriebes, respective dessen Fortsetzung unter ihrem Namen und auf ihre Rechnung, die zur Erlangung der gesetzlichen Concession nöthigen Schritte bei der Gewerbebehörde einleiten. In ihren diesbezüglichen Gesuchen berufen sie sich häufig lediglich auf die Thatfache des „Geschäftsaufkaufes“ und den ihnen durch eine etwaige Concessionsverweigerung drohenden empfindlichen Schaden. Die Gewerbebehörde geht hierauf zwar gegen den neuen Gewerbetreibenden wegen unbefugten Gewerbebetriebes im Sinne des § 132 der Gewerbe-Ordnung strafweise vor, verleiht aber in der Regel die erbetene Concession. Es erscheint nun notwendig, diesem immer mehr überhand nehmenden Schaden in wirksamer Weise zu begegnen und jenen mit den Gewerbebehörden weniger vertreten Parteien den durch die Ankündigungen mancher Privat-Geschäftsaufkäufer genährten Wahn zu benehmen, als seien Gast- und Schankgewerbe-Concessionen käuflich und die Ertheilung der behördlichen Concession nur eine Formsache und selbstverständliche Folge des Geschäftsaufkaufes.

Theater.

— (g.) Octave Feuillet's fünftages Schauspiel „Die verzauberte Prinzessin“ wurde gestern zum erstenmale auf unserer Bühne gegeben. Der Name des Verfassers bürgte uns dafür, daß wir es mit einem Werke zu thun haben, das über der Mittelmäßigkeit erhaben ist, und wir glauben uns nicht getäuscht zu haben. Der unzählige Male als Bühnenstoff verarbeitete Gegenstand zwischen Einst und Jetzt wird von Octave Feuillet sehr glücklich behandelt in einer Entgegenstellung unseres industriellen Zeitalters gegen aristokratische Vorurtheile. Zwei Geschwisterpaare — Bruder und Schwester dießseits und jenseits, sind die Vertreter der feindlichen Prinzipien und vereinigen sich endlich auf dem allgemeinen menschlichen Standpunkte der Liebe.

Einige unwahrscheinliche Situationen ausgenommen, ist „Die verzauberte Prinzessin“ eines der besten französischen Conversationsspiele, und wir können es nur bedauern, daß die Vorstellung vor fast leerem Hause vor sich ging. Wir haben bei diesem Ansprache allerdings nur die Dichtung im Auge, denn die Darstellung zeigte uns wieder einmal, daß bei angestrengter Verwertung des Personales der Souffleur und der Insipiente die erste Rolle spielen. Die Gedächtnisschwäche fast aller Mitwirkenden war gestern störend im höchsten Grade, und obwohl wir es begreiflich finden, daß ein leeres Haus auch auf die Darsteller depressiv wirkt, so müssen wir die gestern vorgekommenen Nachlässigkeiten doch als eine Unart gegen alle Anwesenden nachdrücklich rügen. — Neben Fr. Arensdorf (Blanche von Guy-Chatel), welche gestern ein hervorragendes Talent auch für das ernste Fach an den Tag legte, verdient nur Herr Ströhl (Anton Graf von Penmarck) anerkennend bemerkt zu werden. Herr Rieger als „Georges Morel“ war zwar besser als in früheren Rollen, doch vermüßte wir an ihm auch diesmal in seiner Darstellung jede männliche Energie, und wir können daher von ihm ebensowenig behaupten, daß er seiner Aufgabe gerecht geworden wäre, wie von Herrn Leuthold, der aus seinem „Olivier von Guy-Chatel“ einen gestrauten Schulzungen machte. Den übrigen bestgeübten Herren und Damen glauben wir einen Gefallen zu erweisen, wenn wir uns in eine Analyse ihrer gestrigen Darstellung nicht einlassen.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laib. Zeitung.“) Konstantinopel, 26. Oktober, abends. — „Phare Bosphore“ veröffentlicht die Ansprache Ignatieffs bei Ueberreichung seiner Creditive und die Antwort des Sultans. Ignatieff sagte, der Czar begreife die Schwierigkeit der Lage, und ohne seine Sympathien für die Slaven in der Türkei zu verhehlen, wünsche er, die gegenwärtigen Schwierigkeiten mögen geendet werden, damit der Sultan zur Verbesserung des Loses seiner Unterthanen schreite. Der Sultan erwiderte, er beklage die Ereignisse, welche die Ausführung der reformatorischen Projecte verhindern; er zähle auf die Unterstützung der Vorsehung zur Herbeiführung einer neuen Friedensära, die ihm gestattet, sein Volk glücklich zu machen. Er hoffe, der Czar werde beitragen, ihm seine Aufgabe zu erleichtern.

Bozega, 25. Oktober. (Deutsche Zeitung.) Borgestern und gestern versuchte Mehmed Ali Pascha seine

alten Positionen am Javor wieder zu erobern, wurde aber an beiden Tagen von Novoseloff zurückgeworfen. Die Serben halten noch den Basilij Brk besetzt.

Belgrad, 25. Oktober. (Deutsche Ztg.) Die Situation ist äußerst gespannt. Wenn Rußland bis Ende der Woche nicht activ eingreift, droht die serbische Regierung mit der Pforte in directe Verhandlungen zu treten. Der Minister des Innern, Radivoj Milojkovic, ist in wichtiger Mission nach Deligrad abgereist. Die Stellung Tschernajeffs ist als erschüttert zu betrachten.

Nisch, 24. Oktober. (Aus besonderer Quelle.) Djunis wurde nach zehnstündigem hartnäckigem Kampfe von den siegreichen türkischen Truppen genommen. Die meisten Verschanzungen längs dem Djunis-Bache kamen in den Besitz der Türken. In der Moravafront fand nur ein Gefechtskampf statt.

Konstantinopel, 24. Oktober. (N. fr. Pr.) General Ignatieff ist heute in feierlicher Audienz vom Sultan empfangen worden und überreichte seine Creditive. Hierauf hatte Ignatieff eine längere Konferenz mit dem Minister des Aeußern. Ignatieff stellte die bekannten Forderungen Rußlands. Authentisches über den Verlauf dieser Konferenz wird bisher nicht mitgeteilt, doch verlautet bestimmt, daß Ignatieff die türkischen Gegenpropositionen nicht zurückgewiesen hat. Infolge dessen sind hier die Friedenshoffnungen im steigen. Auch in den diplomatischen Kreisen nimmt man mit Sicherheit an, daß es zum Abschlusse eines Waffenstillstandes kommen werde. — Prinz Suhran, ein Bruder des Sultans, ist Donnerstag gestorben. — Seit der letzten Entdeckung einer Verschwörung sind keine weiteren Unruhen vorgekommen.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 26. Oktober.

Papier = Rente 61.70. — Silber = Rente 65.45. — 1860er Staats-Anlehen 108.25. — Bank-Actien 818. — Credit-Actien 146. — London 124.55. — Silber 116.75. — R. f. Münz-Dulaten 5.95. — Napoleonsd'or 9.96. — 100 Reichsmark 61.20.

Wien, 26. Oktober. 2 Uhr nachmittags. (Schlußcourse.) Creditactien 145.20, 1860er Rente 108. —, 1864er Rente 128.25, österreichische Rente in Papier 61.75, Staatsbahn 264. —, Nordbahn 172. —, 20-Frankenstücke 9.96 1/2, ungarische Creditactien 108.50, österreichische Francobank —, österreichische Anglobank 70. —, Lombarden 74.50, Unionbank 51.25, austro-orientalische Bank —, Lloydactien 295. —, austro-ottomanische Bank —, türkische Rente 13. —, Communal-Anlehen 93.50, Egyptische 87. —, Rußig.

Angekommene Fremde.

Am 26. Oktober.

Hotel Stadt Wien. Pfarrer, Kfm., Agrar. — Mear, Pfarrer, Michelfstätten. — Madame Charlotte, Triest. — Ehrenreich, Pionier. — Jugowit, Krainburg. — Burckart, Amrans. — Schöppel, Beamter, und Nebus, Wien. — Schlauf Maria, Stationschefs-Gattin, Littai. — Nagel, Villach. Hotel Giesant. Rottm, Oberlaibach. — Mithy, Reisender, Ungarn. — Pollat, Wien. — Reiser, Stationsvorstand, Schweifling. — Lovretic, Hptm., Stein. — Waizmann, Reis., Marburg. Hotel Europa. Samet, Baumeister, Klagenfurt. — Renda, Belgrad. — Merkar, Hdtm., Niederdorf. — Berderber, Kronau. — Dr. Fozzi, Triest. Rohren. Grünwald, Hdtm., Schladming. — Egartner, Roithsch. — Raggon, Maurerpolier, Graz. — Levstik, Lipoglav. Stadt Laibach. Potočnik, Agent, Wien. Sternwarte. Müller, Geschäftsmann, Tschernembl. — Frell, Zeiselnit.

Theater.

Gente: Blaubart. Komische Oper in 4 Abtheilungen von Reithart und Paley, deutsch von Julius Hopp. Musik von Jacques Offenbach.

Wetterologische Beobachtungen in Laibach.

Datum	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Laibach auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Witterungs-Charakter	Witterungs-Charakter
26.	7 U. Mg.	739.45	+ 7.4	SO. schwach	bewölkt	
	2 „ N.	738.75	+ 9.2	D. mäßig	trübe	0.60
	9 „ Ab.	738.96	+ 9.0	D. schwach	bewölkt	

Die Wolkendecke etwas gelodert. Das Tagesmittel der Wärme + 7.9°, um 1.2° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsenbericht.

Wien, 25. Oktober. (1 Uhr.) Einerseits unter dem Einflusse der Tagesereignisse stehend, andererseits durch empfindliche Knappheit des Geldstandes in ihrer Operationsfähigkeit beschränkt, blieb die Börse fast ganz geschäftslos.

Werte	Werte	Werte	Werte
Rente (Januar-Februar)	61.65	61.75	
„ (März-April)	61.65	61.75	
„ (Mai-Juni)	65.50	65.65	
„ (Juli-Sept.)	65.50	65.65	
„ (Okt.-Dez.)	254. —	256. —	
„ 1854	104. —	104.50	
„ 1860	108. —	108.25	
„ 1860 (Künftl.)	113.75	114.25	
„ 1864	127.75	128.25	
Ung. Prämien-Anl.	69. —	69.25	
„ 1864	154. —	155. —	
„ 1860	134.00	134.80	
„ 1864	93.50	94. —	
Donau-Regulierungs-Lose	103. —	103.50	
„ 1864	140. —	141. —	
„ 1864	96.50	96.75	
„ 1864	94. —	95. —	
„ 1864	92.50	93. —	
„ 1864	90.80	91.10	

Grundentlastungs-Obligationen.

Böhmen	100. —	100. —
Niederösterreich	101.50	102.50
Galizien	83.50	84. —

Siebenbürgen	72. —	73. —
Leimeser Banat	72.50	73. —
Ungarn	73.75	73.50

Actien von Banken.

Anglo-östr. Bank	70. —	70.25
Creditanstalt	145.80	146. —
Creditanstalt, ungar.	108.25	108.50
Comptentbank	642. —	647. —
Nationalbank	816. —	818. —
Deut. Bankgesellschaft	51.50	52. —
Unionbank	78.50	79. —
Wiener Bankverein	—	—

Actien von Transport-Unternehmungen.

Alföld-Bahn	94.50	95.50
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	343. —	344. —
Elisabeth-Westbahn	136.50	137.50
Ferdinands-Nordbahn	1732. —	1737. —
Franz-Joseph-Bahn	124. —	125. —

Galizische Karl-Ludwig-Bahn	200.75	201. —
Raschau-Oberberger Bahn	—	—
Leimberg-Cernowitzer Bahn	115. —	115.50
Lloyd-Schiffsch.	290. —	295. —
Deut. Nordwestbahn	121.50	122. —
Rudolfs-Bahn	100.50	101. —
Staatsbahn	265.50	266.50
Südbahn	75. —	75.50
Therz-Bahn	—	—
Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	—	—
Ungarische Nordostbahn	90.50	91. —
Ungarische Ostbahn	27. —	27.50
Wiener Tramway-Gesellsch.	91. —	93. —

Pfandbriefe.

Ung. öst. Bodencreditanst. (i. Gold)	106.25	106.50
„ (i. B.)	89.75	90. —
„ Nationalbank	96. —	96.20
Ung. Bodencred. Institut (i. B.)	85.50	85.75

Prioritäten.

Elisabeth-B. 1. Em.	87.50	88. —
Ferd. Nordb. in Silber	103.25	103.50
Franz-Joseph-Bahn	90.25	90.50

Gal. Karl-Ludwig-B., 1. Em.	97. —	97.50
Deut. Nordwest-Bahn	86. —	86.25
Siebenbürgen Bahn	57.50	57.75
Staatsbahn 1. Em.	153.50	154. —
Südbahn 3 1/2%	113.50	114. —
„ 5%	93.25	93.50
Südbahn, Bond	57.50	58. —
Ung. Ostbahn	57.50	58. —

Devisen.

Auf deutsche Plätze	60.65	60.75
London, kurze Sicht	124.55	124.70
London, lange Sicht	124.80	124.90
Paris	49.40	49.50

Geldsorten.

Dulaten	5 fl. 95	fr. 5 fl. 98
Napoleonsd'or	9 „ 97	„ 9 „ 98
Deutsche Reichsbanknoten	61 „ 30	„ 61 „ 40
Silbergulden	106 „	„ 106 „ 25

Krainische Grundentlastungs-Obligationen.

Bräunnotierung: Geld 90. —, Barch. —

Nachtrag: Um 1 Uhr 30 Minuten notieren: Rente 61.65 bis 61.85. Silberrente 65.40 bis 65.60. Credit 145.90 bis 146. —. Anglo 69.75 bis 70.25. London 124.65 bis 124.90. Napoleons 9.97 1/2 bis 9.98. Silber 106. — bis 106.25.